

EU Migration Talks: Trendbarometer Migration und Asyl 2022

„Integration im Rahmen des temporären Schutzes für vertriebene Personen aus der Ukraine“

21. Oktober 2022, online

Zusammenfassung

Für die Aufnahme von vertriebenen Personen aus der Ukraine ist es zentral, rasch eine effektive und effiziente Integration zu ermöglichen. Dazu ist es dringend notwendig, die zur Verfügung stehenden Erfahrungen und Daten zusammenzuführen. Vor diesem Hintergrund lud EMN Österreich ExpertInnen aus unterschiedlichen relevanten Disziplinen zu einer gemeinsamen Diskussion. Ziel der Veranstaltung war es, Denkanstöße zur gezielten (Weiter-) Entwicklung von Integrationsmaßnahmen von vertriebenen Personen aus der Ukraine in Österreich zu liefern. Übergreifend sollte zudem die Komplexität der Thematik sowie die Bedeutung von wissenschaftlichem Austausch und evidenzbasierter Politikgestaltung verdeutlicht werden.

In einem einführenden Vortrag zum Krieg in der Ukraine und dessen gesellschaftlichen Folgen erläuterte [Dr. in Tatiana Zhurzhenko](#) (Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien; Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien Berlin), dass es bei dem Krieg nicht nur um Grenzen oder Territorien gehe, sondern auch um politische Werte. Die Ukraine richte sich nach westlichen Werten, während Russland sich davon entferne und sich als alternative Zivilisation verstehe. Unter anderem führe der Krieg zu einer hohen Abwanderung auch nach Russland. Im Moment gebe es laut russischen Angaben 2,8 Millionen ukrainische Vertriebene in Russland. Die Gründe und Faktoren dafür seien unterschiedlich, u.a. Zwang, einfacher Weg in Sicherheit und die Möglichkeit des Transits in andere Staaten.

Um den Vertriebenen einen vereinfachten temporären Schutz in allen EU-Mitgliedstaaten zu gewähren, hat der Rat der Europäischen Union am 4. März 2022 die „Massenzustrom-Richtlinie“ aktiviert. In seinem Vortrag gab [Dr. Martin Stiller](#) (IOM Österreich) einen Überblick über zentrale Aspekte der Richtlinie und deren Umsetzung in Österreich. Ziele seien die Schaffung von sozialen Mindeststandards für Personen, die vorübergehenden Schutz benötigen, und das Ermöglichen eines zeitlich beschränkten Aufenthaltsstatus für die Schutzsuchenden. Der vorübergehende Schutz ende zwar im März 2023, jedoch gebe es die Möglichkeit einer automatischen Verlängerung um sechs Monate. Die Unterschiede zwischen temporärem Schutz und Asyl und die daraus resultierenden Rechte für Betroffene sind komplex. Ein wichtiger Vorteil der Richtlinie sei, dass der Arbeitsmarktzugang erleichtert wurde. Nach einem Erlass des Bundesministers für Arbeit sei keine Arbeitsmarktprüfung erforderlich, welche grundsätzlich bei Drittstaatsangehörigen durchgeführt werden muss. Wichtig sei auch, dass die Feststellung des vorübergehenden Schutzes die Anerkennung des Flüchtlingsstatus nicht ausschließe, denn die Ukraine werde nicht mehr als sicherer Herkunftsstaat angesehen.

Der Integrationsbedarf von vertriebenen Personen aus der Ukraine und die Anforderungen an staatliche Einrichtungen und zivilgesellschaftliche Organisationen sind enorm, was die österreichische Gesellschaft vor große Herausforderungen stellt. [Mag. Andreas AchRAINER](#) (Ukraine-Flüchtlingskoordinator der Bundesregierung) präsentierte die Flüchtlingskoordination in Österreich, zog eine Zwischenbilanz und ging auf die Herausforderungen ein. Die derzeitige Unterbringungskrise im österreichischen Asylsystem dürfe nicht getrennt von der Unterbringung von Schutzsuchenden aus der Ukraine betrachtet werden. Es seien mehr Kapazitäten nötig, vor allem weil ein baldiges Kriegsende nicht in Sicht sei und der Winter bevorstehe. Hinsichtlich der Arbeitsmarktintegration brauche es längerfristige Perspektiven - dies gelte für Schutzsuchende und ArbeitgeberInnen. In diesem Zusammenhang sei die Zuverdienstgrenze eine weitere Herausforderung. Auf politischer Ebene habe man sich auf eine Anhebung der Zuverdienstgrenze geeinigt, diese müsse jedoch noch offiziell beschlossen werden. Weitere Herausforderungen betreffen die Gesundheitsversorgung überstellter Verletzter aus der Ukraine, der bürokratische Prozess bei der Familien- und Kinderbeihilfe sowie bei der Mobilität (ÖBB-Freifahrt-Tickets). Um die verschiedenen Herausforderungen direkt ansprechen zu können, wurde die Initiative „Plattform Ukraine“ gestartet. Dort werden verschiedene EntscheidungsträgerInnen und UnterstützerInnen auf praktischer Ebene zusammengebracht. Abschließend sei es wünschenswert, allgemein von Schutzsuchenden zu sprechen und nicht zwischen AsylwerberInnen und Vertriebenen aus der Ukraine zu unterscheiden. Es gehe schlussendlich um Menschen, die Schutz suchen aus Gründen, die sie sich nicht selbst ausgesucht haben.

[Solomiia Tkach, PhD](#), (Dolishnyi Institute of Regional Research of National Academy of Science of Ukraine) präsentierte die wirtschaftlichen und sozialen Integrationsprozesse aus Sicht einer ukrainischen Wissenschaftlerin, die aus der Ukraine fliehen musste. Obwohl die Hilfsbereitschaft beeindruckend sei, wirke es als sei Österreich nicht auf eine so große Zahl an Vertriebenen vorbereitet. Die Unterbringung sei eines der dringendsten Probleme. In Österreich anzukommen und nicht zu wissen, wo man als Nächstes unterkommt, verursache ein hohes Maß an Unsicherheit und Stress. Für viele UkrainerInnen sei es schwierig, die nähere Zukunft zu planen, und man wisse nicht, wie lange man in Österreich bleiben werde. Das sei insbesondere hinsichtlich des Abschlusses von Mietverträgen problematisch, da diese normalerweise eine Mindestlaufzeit von einem Jahr haben. Auch sei die finanzielle Unterstützung in Österreich begrenzt. Viele Menschen seien in die Ukraine zurückgekehrt, da das Geld, das sie hier erhalten, nicht ausreiche. Erst wenn die Bedürfnisse hinsichtlich der Wohnsituation und des Einkommens erfüllt seien, könne man sich auf die nächsten Integrationssschritte konzentrieren, z. B. auf das Erlernen der deutschen Sprache.

Für die gezielte Entwicklung von Maßnahmen und Unterstützungsleistungen für ukrainische Vertriebene sind Erhebungen unter den Betroffenen von großer Bedeutung. [Dr.in Sonja Dörfler-Bolt](#) (Österreichisches Institut für Familienforschung, Universität Wien) präsentierte ausgewählte Ergebnisse einer Studie zur aktuellen Situation und den Zukunftsperspektiven von Ukraine-Vertriebenen in Österreich, die vom Österreichischen Integrationsfonds beauftragt wurde.¹ Die befragten UkrainerInnen in Österreich wiesen einen überdurchschnittlichen Bildungsabschluss im Vergleich zum Durchschnitt in der Ukraine auf. Es zeige sich daher bei der Migration nach Österreich ein Selektionsmechanismus. Das heißt, je höher der Bildungsstand, desto eher verfügen die Betroffenen über Mittel und Ressourcen, um im Ausland Zuflucht zu suchen. Viele der Schutzsuchenden aus der Ukraine werden vermutlich längerfristig in Österreich bleiben und nur wenige haben konkrete baldige Rückkehrpläne. Das liege unter anderem daran, dass viele Betroffene Kinder im betreuungspflichtigen Alter haben. Für diese Gruppe bedarf es Unterstützungsangebote für eine rasche Integration. Allgemein sei die Lebenszufriedenheit der Befragten vergleichsweise niedrig und insbesondere jüngere Frauen seien durch Einsamkeit sowie Antriebslosigkeit geplagt.

[Univ.-Prof.in Dr.in Sieglinde Rosenberger](#) (Institut für Politikwissenschaften, Universität Wien) präsentierte Ergebnisse eines Forschungsprojekts, das auf Grundlage von Interviews mit geflüchteten Frauen in Unterstützungseinrichtungen durchgeführt wurde.² Drei zentrale Unterschiede zu anderen Gruppen von Vertriebenen seien zu berücksichtigen: (1) Schutzsuchenden aus der Ukraine haben Visafreiheit; (2) die Betroffenen sind überwiegend Frauen sowie Frauen mit Kindern; (3) Betroffene bekommen automatisch temporären Schutz zugesprochen (andere Geflüchtete müssen ein individuelles Verfahren durchlaufen). Grundsätzlich brauche es mehr Angebote im Bereich der Infrastruktur insbesondere im Bereich Kinderbetreuung, Kindergärten, Schule, medizinische Versorgung, sowie Maßnahmen gegen Gewalt/Menschenhandel. Momentan sei eine deutliche Konzentration von Vertriebenen in der Stadt Wien zu beobachten. Allerdings wurden Kampagnen, die das Wohnen am Land bewerben, gestartet und werden ausgeweitet. Grundsätzlich solle die Integrationsbegleitung für ukrainische Geflüchtete einem dualen Ansatz entsprechen: Nützlich für das Bleiben, aber auch nützlich nach der Rückkehr in die Ukraine. Das betreffe insbesondere die Bereiche Ausbildung, Weiterbildung, Sprache und Kontakte.

¹ https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/content/AT/monitor/MAZAL_Studie_Ukraine.pdf

² https://backend.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/p_inex/Rosenberger-Lazareva-Bericht_Ukraine_Vertriebene_.pdf